

Göttinger Tageblatt, 11.04.2019

Kirchen warnen vor Rückkehr des autoritären Denkens

Parlamente und andere demokratische Institutionen geraten weltweit immer mehr unter Druck. Katholische und Evangelische Kirchen in Deutschland haben nun ein 50-seitiges Papier mit Analysen und Handlungsempfehlungen vorgelegt. Sie fordern mehr „demokratische Sittlichkeit“.



Bischof Franz-Josef Overbeck (Essen), Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, die Bremer Friedensforscherin Eva Senghaas-Knobloch, die Göttinger Theologie-Professorin Tine Stein und Reiner Anselm, Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD stellten das gemeinsame Papier der Kirchen vor. Quelle: epd

Berlin

Katholiken und Protestanten in Deutschland sorgen sich wegen des wachsenden Vertrauensverlustes der Bürger um die Demokratie in Europa. In einem Donnerstag in Berlin vorgestellten „Gemeinsamen Wort“ warnen der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) vor einer „Wiederkehr von autoritärem Denken und skrupelloser Machtpolitik“.

Die Vertrauenskrise sei das Produkt eines in den vergangenen zehn Jahren beschleunigten Wandels, sagte Reiner Anselm, einer der beiden Vorsitzenden der Ökumenischen Gruppe zur Erarbeitung des Papiers. „Die Komplexität dieser Prozesse befördert die Sehnsucht nach Einfachheit und den Rückzug auf Begriffe wie Heimat und Identität“, so der Co-Vorsitzende, Bischof Franz-Josef Overbeck.

Kirchen fordern Stärkung des Multilateralismus

Das „Gemeinsame Wort“ benennt vier zentrale Bereiche, in denen die Bürger dringend Antworten demokratischer Institutionen erwarten: Globalisierung, soziale Ungleichheit, Umgang mit Migration sowie Digitalisierung.

Konkret fordern die Kirchen die Stärkung des Multilateralismus in der EU, die gerechte Teilhabe sozial Schwacher und von Migranten, die Gewährleistung einer Infrastruktur für den digitalen Zugang aller, Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt und Medienbildung für den kritischen Umgang mit Informationen aus dem Netz.

[Hier können Sie das „Gemeinsame Wort“ downloaden](#)

Die Kirchen verlangen im Streben nach Gemeinwohl nach „demokratischer Sittlichkeit“. Dabei gehe es um die Einhaltung geschriebener und ungeschriebener Regeln im demokratischen Wettbewerb: Gesetze, Verordnungen, aber auch Fairness, Respekt und Kompromissbereitschaft.

Zu der der 20-köpfigen Arbeitsgruppe gehörten unter anderen auch der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), Diakoniepräsident Ulrich Lilie und der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers, der den Bundesrat im NPD-Verbotsverfahren vertreten hatte.

Von Thoralf Cleven/RND